

A N T R A G

der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Unsere Kommunen entlasten. Herausforderungen in der Migrationspolitik gemeinsam bewältigen.

Der Landtag wolle beschließen:

Unsere Kommunen sind der unmittelbare Lebensraum der Saarländerinnen und Saarländer. Sie sind identitätsstiftend und bieten ein Gefühl der Zugehörigkeit und Sicherheit. Hier wird sozialer Zusammenhalt gelebt und das Miteinander gestaltet. Hier werden politische Entscheidungen unmittelbar spürbar. Hier wird Demokratie gelebt. Sie müssen in der Lage sein, den Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu begegnen.

Damit alle Städte und Gemeinden eigenverantwortlich im Sinne der dort lebenden Menschen handeln und im Sinne zukünftiger Generationen gleichermaßen lebenswert bleiben, ist es das Ziel der Landesregierung, die Kommunen im Saarland personell und finanziell handlungsfähig zu machen.

Der Landtag des Saarlandes steht zum Grundrecht auf Asyl. Das Grundrecht hat in Deutschland Verfassungsrang und dient dem Schutz des Lebens und der Menschenwürde. Das Saarland ist ein Einwanderungsland im Herzen Europas. Die Chancen, die aus den Migrationsbewegungen erwachsen, müssen genutzt werden, auch und gerade um dem Fachkräftemangel in vielen Bereichen begegnen zu können. Auch deshalb ist es richtig, geduldeten Menschen, die bereits lange hier leben und längst Teil unserer Gesellschaft sind, eine dauerhafte Bleibeperspektive zu geben. Die Herausforderungen in der Migrations- und Asylpolitik Hand in Hand mit den Kommunen zu bewältigen, ist das Ziel der Landesregierung.

Wir stehen fest an der Seite der Kommunen und der vielen Ehrenamtlichen, die erneut bei der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten Herausragendes leisten. Klar ist, dass Migration, Integration und Teilhabe Pflichtaufgaben des Staates sind, die alle Bereiche unseres Zusammenlebens wie etwa Bildung, gesundheitliche Versorgung und Erziehung betreffen. In all diesen Bereichen müssen unsere Kommunen handlungsfähig bleiben. Deshalb gilt es, gemeinsam mit allen politischen Ebenen und der Zivilgesellschaft solidarisch im ständigen Austausch eng zusammenzuarbeiten.

Ausgegeben: 25.04.2023

Das Recht auf Bildung ist ein hohes Gut, welches im Saarland unbeschränkt ab dem ersten Tag der Ankunft gültig ist. Es findet seinen Ausdruck sowohl in der Schulpflicht als auch in dem Schulrecht. In dem bundesdeutschen Bildungsföderalismus teilen sich Land, Kommune und Landkreis die Aufgaben und Kosten für die Bereitstellung der Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur. Mit der Änderung des Saarländischen Kinderbetreuungs- und -bildungsgesetzes im vergangenen Jahr sowie den jüngst zusammen von SSGT, LKT und dem Ministerium für Bildung und Kultur vorgestellten Plänen zur Schaffung eines dritten Landesprogrammes zur Kita-Investitionsförderung sind die Grundsteine für einen beschleunigten Ausbau der frühkindlichen Bildung – sowohl personell als auch baulich – gelegt. Damit wird das Land zusammen mit den Städten, Gemeinden und Landkreisen seiner Verantwortung gerecht, eine bedarfsdeckende Versorgung mit Kita- und Krippenplätzen für alle Saarländerinnen und Saarländer zu etablieren – diese Chance muss jetzt genutzt werden.

Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten im Saarland stellen die Kommunen vor enorme Herausforderungen. Das Saarland arbeitet mit den Kommunen daran, das Aufnahme- und Unterbringungssystem für Geflüchtete so zu gestalten, dass es nachhaltig und an menschenwürdigen Standards ausgerichtet ist, den Bedürfnissen der Schutzsuchenden gerecht wird und die Kommunen bestmöglich unterstützt. Das Saarland schafft bis zu 300 Plätze in Ensdorf und bis zu 280 neue Plätze in den beiden Ersatzneubauten in der Landesaufnahmestelle in Lebach und verschafft den Kommunen damit Luft zum Atmen.

Die Unterbringung, Integration und Teilhabe von Geflüchteten verlässlich und nachhaltig zu gestalten ist eine Herkulesaufgabe, die Bund, Land und Kommunen nur gemeinsam stemmen können. Bei der Unterbringung und Integration ist der Bund in der Verantwortung, seine finanzielle Beteiligung zu verstetigen und entsprechend der Anzahl an Geflüchteten zu erhöhen.

Mit der Landesintegrationsbegleitung (LIB) und dem Integrationslotsendienst (ILO) fördert die Landesregierung die Integration und Beratung von Migrant:innen mit dem Ziel der Integration in den Arbeitsmarkt. Das Regionale Integrationsnetzwerk Saarland organisiert eine individuelle Qualifizierungsbegleitung sowie eine Kompetenzanalyse für Arbeitskräfte ausländischer Herkunft ohne qualifizierte Berufsausbildung. Speziell im Bereich der EU-Migration gibt es mit der Beratungsstelle Wanderarbeit und mit EULE zielgruppenspezifische Beratungsstrukturen. Die Lücken in dem Bereich der psychosozialen Beratung ist die Landesregierung angegangen, in dem die Strukturen deutlich ausgebaut werden. Die zahlreichen Maßnahmen im Bereich der Integration werden durch das Erarbeiten einer Landesintegrationsstrategie gebündelt und sinnvoll gesteuert.

Der Zugang zu allgemeinen und berufsspezifischen Sprachkursen muss erweitert und um flexiblere Möglichkeiten ergänzt werden. Insbesondere muss in Betracht gezogen werden, das bisherige Angebot durch digitale Angebote zu ergänzen, um auch in ländlichen Regionen bedarfsgerecht Angebote bereitzustellen.

Die Landesregierung arbeitet darüber hinaus daran, die saarländischen Integrations- und Migrationsstrukturen zu verbessern. Allein aus der Ukraine sind seit Beginn des Krieges schon mehr als 18.000 Geflüchtete in das Saarland gekommen. Die Vielzahl der Fälle stellt auch die Beschäftigten der Ausländerbehörde und der saarländischen Jobcenter vor große Herausforderungen. Die Personalentwicklung wurde in der Vergangenheit nicht an die steigenden Fallzahlen in der Ausländerbehörde angepasst. Die fehlende Digitalisierungsinfrastruktur erschwert die Arbeit in der Ausländerbehörde und führt zu längeren Bearbeitungszeiten. Deswegen ist es richtig, dass sich die Landesregierung bereits im vergangenen Jahr auf den Weg gemacht hat, die Prozesse in der Ausländerbehörde schnellstmöglich zu optimieren.

Eine angemessene technische Ausstattung und die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen sind essenziell, um die Beschäftigten zu entlasten und Verfahren zu beschleunigen. Dadurch können mehr dringend benötigte Fachkräfte aus dem Ausland im beschleunigten Verfahren zu uns ins Saarland kommen. Ein digitalisierter Staat sorgt dafür, dass Verwaltungen effizienter und effektiver arbeiten können. Dabei entlastet Digitalisierung die Beschäftigten bei der Erledigung von Routineaufgaben und schafft in Zeiten von stetigen Fluchtbewegungen und Fachkräftemangel Freiräume für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen.

Klar ist auch, wenn wir attraktiv für die dringend benötigten Fachkräfte aus dem Ausland sein wollen oder geflüchtete Fachkräfte dauerhaft binden wollen, brauchen wir Willkommensstrukturen, die das Ankommen und Bleiben im Saarland möglichst erleichtern, statt abzuschrecken. Im Zukunftsbündnis Saar erarbeitet die Landesregierung gemeinsam mit vielen Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik alle relevanten Fragen im Zusammenhang mit dem Strukturwandel der Saarländischen Wirtschaft. Mit dem Arbeitskreis „Fachkräfte und arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Begleitung des Strukturwandels“ verfügt das Zukunftsbündnis Saar über das adäquate Gremium, um auch über die Frage der Erwerbsintegration von Menschen mit Migrationshintergrund zu beraten. Dies soll insbesondere mit Blick auf die Anwerbung von Fach- und Arbeitskräften geschehen, in Verbindung mit einem Fokus auf Willkommenskultur und Arbeitsplatzattraktivität.

Umgekehrt gilt auch, dass Menschen ohne Bleibeperspektive erfolgreicher rückgeführt werden müssen. Der Perspektivenwechsel der Bundesregierung, dass Migrationsabkommen den Herkunftsländern auch Unterstützung bei der Nutzung regulärer Zugangswege zusichern und gleichzeitig aber die Kooperationsverpflichtung bei der Rücknahme ausreisepflichtiger Staatsangehöriger regeln, sind zu begrüßen. Reine „Rücknahmeübereinkommen“ wurden von früheren Bundesregierungen in der Regel ohne erkennbare Erfolge angestrebt. Zur Verbesserung des Rückkehrmanagements ist außerdem die Einstufung weiterer Länder als sichere Herkunftsstaaten erforderlich.

Neben kurzfristigen Maßnahmen muss die finanzielle Struktur der Gemeinden und Städte grundsätzlich verbessert werden. Klar ist, dass die Kommunen viele Probleme nicht alleine lösen können. Da die Kommunen vor zahlreichen Herausforderungen stehen und dabei immer wieder auch Zielkonflikte in Einklang bringen müssen, sind Bund und Land aufgefordert die Perspektive der Kommunen bei den sie betreffenden Themen einzubeziehen. Die Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs erfolgreich abzuschließen und dabei die horizontale und vertikale Verteilung sowie die Aufgaben- und Verwaltungsstrukturen in den Blick zu nehmen.

Die von Altschulden betroffenen Städte und Gemeinden schieben den Löwenanteil des milliardenschweren kommunalen Investitionsstaus in Infrastruktur und Daseinsvorsorge vor sich her. Ein Kernpunkt zur Bewältigung der Abwärtsspirale aus strukturellen Haushaltsdefiziten, fehlender Handlungsfähigkeit und sinkender Lebensqualität, ist die Lösung der hohen Altverschuldung unserer Kommunen. Das Land hat mit dem Saarlandpakt in einem historischen Kraftakt die Hälfte aller kommunalen Altschulden im Umfang von einer Milliarde Euro übernommen, jetzt ist der Bund am Zug.

Der Landtag des Saarlandes fordert die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag verankerte Altschuldenlösung schnellstmöglich umzusetzen und in einer gemeinsamen, einmaligen Kraftanstrengung mit den betroffenen Ländern die Altschuldenfrage der Kommunen zu lösen. Das Bundesfinanzministerium muss die mit den Ländern geführten Verhandlungen zum Abschluss bringen, um die Kommunen substanziell zu entlasten. Das Vorhaben geht mit einer Änderung des Grundgesetzes einher, die eine Zweidrittel-Mehrheit erfordert. Um erfolgreich zu sein, muss auch die Opposition im Bundestag ihre Blockadehaltung gegenüber der kommunalen Altschuldenhilfe aufgeben. Jede Partei trägt Verantwortung, den berechtigten Interessen der Saar-Kommunen Ausdruck zu verleihen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- im konstruktiven Dialog mit den Verantwortungsträger:innen der Landkreise und der Kommunen weiter an der Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs zu arbeiten;
- verstärkt auf die weiterhin angespannte und nicht selbst verantwortete Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden auf Bundesebene aufmerksam zu machen. Nachdem das Land die Hälfte der kommunalen Kassenkredite der Saar-Kommunen übernommen hat, ist jetzt der Bund an der Reihe;
- die Optimierung und Digitalisierung der Prozesse der Ausländerbehörde weiter voranzutreiben;
- die Neubaumaßnahmen und die Sanierung der Gebäude in der Landesaufnahme stelle Lebach konsequent fortzuführen;

- im Zukunftsbündnis Saar das Thema „Erwerbseinwanderung“ mit Fokus auf Fachkräftesicherung und Arbeitsmarktintegration prioritär zu bearbeiten;
- die Pläne zur Schaffung eines dritten Landesprogrammes zur Kita-Investitionsförderung fortzuführen.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Bundesregierung sowie die Bundestagsfraktionen auf,

- darauf hinzuwirken, dass schnellstmöglich eine Altschuldenhilfe für finanziell besonders belastete Kommunen beschlossen wird;
- weitere finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit die Länder und Kommunen die anfallenden Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten tragen können sowie die Integration in den Arbeitsmarkt durch Jobcenter und Bundesagentur für Arbeit bedarfsgerecht ermöglicht wird;
- die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel für die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten stetig an die tatsächliche Entwicklung der Flüchtlingszahlen und -kosten anzupassen;
- Migrationsabkommen abzuschließen, die auch die reguläre Migration nach Deutschland erleichtern;
- darauf hinzuwirken, dass der Bund die Integrationskurse des BAMF bedarfsgerechter ausbaut und den Zugang erleichtert, um Integration schneller zu bewerkstelligen.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.